Artikel vom 17.09.2025 · Ausgedruckt am 10.11.2026, 15:32 Uhr

Online: https://lz-rheinland-staging.p-k3txh2.project.space/nachricht/geballte-ladung

Geballte Ladung



LZ-Chefredakteur Detlef Steinert

Die Industrie hat vergangene Woche erneut die Zulassungspraxis bei Pflanzenschutzmitteln in Beschuss genommen. Dass es dabei um ihr Geschäftsmodell geht, ist offensichtlich. Aber eben nicht nur um ihres. Auch die landwirtschaftlichen Betriebe haben das Nachsehen, wenn sie über immer weniger Wirkstoffe verfügen können.

Frank Gemmer, Hauptgeschäftsführer des Industrieverbands Agrar (IVA), kommentierte vergangene Woche eine Studie, die sein Verband in Auftrag gegeben hatte, folgendermaßen: „Wir werden auch morgen noch genug zu essen haben, weil wir wohlhabend genug sind, Lebensmittel zu importieren.“ Das Zitat kann man als Beschwichtigung verstehen, ist im Kontext der Studie aber eine deutliche Warnung an die Politik. Denn die kommt zu dem Ergebnis, dass der Selbstversorgungsgrad Deutschlands bei Acker- und Sonderkulturen deutlich zurückgeht, wenn es aufgrund fehlender Wirkstoffe im Pflanzenschutz schwieriger wird, bekannten und neuen Herausforderungen zu begegnen. Adressat der Botschaft ist zweifelsfrei vor allem die Politik, um ihr vor Augen zu führen, dass die Ernährungssouveränität durchaus auf wackligen Beinen stehe. Das ist immerhin auch eine Aufgabe eines Verbandes wie des IVA, der die Interessen von Unternehmen aus den Bereichen Pflanzenschutz, Pflanzenernährung und Pflanzenzüchtung vertritt. Das so weit zur besseren Einordnung.

Nachgelegt hat dann die deutsche Pflanzenschutzsparte der BASF. Ihr Chef, Michael Wagner, ist gleichzeitig auch IVA-Präsident. Das mag für manche ein Gschmäckle haben, ändert aber nichts an der Schlussfolgerung einer weiteren Erhebung, die die BASF in Auftrag gegeben hatte: dass nämlich das Geschäftsmodell derer gefährdet ist, die mit den Produkten der Industrie versuchen, den Wert ihrer Arbeit zu verbessern und zu schützen – in Form von Qualität und Menge der Erträge ihrer Felder. Auf den Punkt kommen Beispielkalkulationen konkreter Betriebe nämlich auf beachtliche Gewinneinbußen, wenn ihnen Pflanzenschutzwirkstoffe nicht mehr zur Verfügung stehen.

Um nicht missverstanden zu werden: Dass wir diese beiden Studien anführen, ist kein Plädoyer für einen hemmungslosen und unkritischen Einsatz von chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmitteln. Aber es ist ein Plädoyer dafür, die Zulassungspraxis von fungiziden, herbiziden und insektiziden Wirkstoffen zu überprüfen und zu beschleunigen. Auslaufenden Genehmigungen für bekannte Wirkstoffe stehen aktuell kaum neue Zulassungen gegenüber. Das hat durchaus paradoxe Folgen, die dem Verlangen der Gesellschaft nach mehr Biodiversität und einer naturverträglicheren Landwirtschaft sogar entgegenstehen: zum Beispiel eine Zunahme resistenter Pflanzenarten oder dass anstelle von Beizen mit geringer Dosierung gegen Schadinsekten mehrmalige Spritzungen mit höheren Mitteldosierungen nötig sind. Zudem behindern schleppende Zulassungen, dass innovative Produkte, die gezielter wirken und dadurch Umwelt und Biodiversität schonen, rasch für die Praxis zugänglich sind. Das betrifft im Übrigen auch Pflanzenschutzmittel für den Ökolandbau. Denn sie unterliegen denselben Zulassungsverfahren.

Dass wir diese Studien aufgreifen, ist zudem ein Plädoyer dafür, genauer hinzuschauen. Denn die von der BASF beauftragten Erhebungen weisen innerhalb der Kulturen deutliche Spannweiten auf, was das wirtschaftliche Ergebnis angeht. Nur eines von mehreren Beispielen: Bei insgesamt vier betrachteten Betrieben führte der Wegfall von Wirkstoffen im Weizenanbau beim besten zu einer Abnahme des Gewinnbeitrags um 30,6 %, beim schlechtesten um 88 %. Das heißt: Es gibt zwar viel Luft für den einzelnen Betrieb, ändert aber nichts daran, dass alle Einbußen haben werden, wenn sie auf keine alternativen Wirkstoffe zugreifen können.

Die Notwendigkeit von Zulassungsverfahren für Pflanzenschutzmittel stellt auch NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst nicht infrage. Das machte er beim Erntedankempfang der Landesregierung klar. Ebenso, dass es ganz ohne Pflanzenschutzmittel nicht gehen wird. Er habe viel über die Schilf-Glasflügelzikade gelernt und dass die Zucht so schnell nicht hinterherkomme, Resistenzen zu züchten. Deshalb brauche es schnelle Zulassungsverfahren. Zuvor hatte er noch am Beispiel des Umbaus der Tierhaltung auf die Gefahr einer Verlagerung aufmerksam gemacht, wenn es an Verlässlichkeit fehlt. Deutlicher musste er nicht werden, um zu verstehen, dass eine Verlagerung bei Acker- und Sonderkulturen genauso drohen kann. Damit geht es nicht nur um das Geschäft von Landwirtschaft und Industrie, es geht auch um die Wünsche der Verbraucherschaft. Denn laut Hendrik Wüst wollen die Menschen in unserem Land, „dass Lebensmittel auch in 10 und 20 Jahren noch hier produziert werden“.